

LEIHSTIMMEN IM BUNDESTAGSWAHLJAHR 2013

LUKAS STÖTZER, STEFFEN ZITTLAU, THOMAS GSCHWEND UND TOBIAS WITT

UNIVERSITÄT MANNHEIM

Lukas Stötzer, M.Sc.

Quantitative Methods in the Social Sciences
University of Mannheim

A 5, 6, Building C, Room C 221
68131 Mannheim
Germany

Email: lstoetze@mail.uni-mannheim.de

Originalitätserklärung

Ich versichere, über die vollständigen urheberrechtlichen Nutzungsrechte an meinem Beitrag einschließl. Zugehöriger Bildvorlagen, Fotos, Zeichnungen/Grafiken und Tabellen zu verfügen. Rechte Dritter werden durch den Beitrag nicht verletzt. Weder das ganze Manuskript noch Teile davon sind bisher in deutscher Sprache publiziert worden.

Zusammenfassung

Das Thema Leihstimmen erhielt im Wahljahr 2013 besondere Aufmerksamkeit. Während Leihstimmen der FDP einen unerwartet hohen Stimmanteil bei der Landtagswahl in Niedersachsen bescherten, verfehlte die FDP bei der Landtagswahl in Bayern und auch bei der Bundestagswahl den Einzug ins Parlament. In der politischen Berichterstattung wurde das Ausscheiden der FDP zumeist auch darauf zurückgeführt, dass in diesen Wahlen keine Leihstimmen vergeben wurden. Diese Interpretation stellt individuenbasierte Theorien strategischen Wählens in Frage. Dessen zufolge sollten Unionsanhänger mit starken Präferenzen für eine schwarz-gelbe Koalition in allen drei Wahlen Anreize gehabt haben, die FDP mit ihrer Zweitstimme zu unterstützen, wenn sie deren Einzugschancen als unsicher bewerteten. In diesem Licht ist es auch keine ausgemachte Sache, dass es kein Leihstimmverhalten in Bayern und im Bund gab - lediglich dass es zu wenige gab, um den Einzug der FDP zu sichern.

Dieser Beitrag überprüft anhand einer statistischen Auswertung von Wählerbefragungsdaten die Erklärungskraft des individuenbasierten Erklärungsansatzes. Lässt sich Leihstimmverhalten in allen drei Wahlen identifizieren? Wir finden empirische Evidenz für strategisches Leihstimmverhalten bei der Landtagswahl in Niedersachsen, aber nicht bei der Bayern- und Bundestagswahl. Unsere Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Erklärungskraft des individuenbasierten Ansatzes kontextabhängig ist. Dies unterstreicht die Bedeutung von Faktoren auf der Parteien- und Wahlebene für die Erklärung strategischen Wahlhandelns.

Summary

Rental votes received considerable attention during the election year 2013. While rental votes helped the FDP to gain a phenomenal election result in the Lower Saxony state election, in both the Bavarian state election and the Federal election the FDP fell short of the electoral threshold and consequently no longer holds any seats in both parliaments. Political commentators often ascribed the difference in the electoral outcomes to a lack of rental votes in these elections. Such an interpretation questions voter-based rental voting theories. According to these, supporters of the Christian Democrats faced the same incentive to rent out their vote to the prospective junior coalition partner FDP in all three elections. In case they were uncertain whether the FDP enters parliament, rental votes would have been a useful strategy to make the preferred coalition more viable. This strategic perspective further implies that it is not directly possible to infer about rental votes in a given election from the aggregated outcome. The observed election outcome only highlights that there were not enough rental votes to save the FDP from falling below the threshold.

In this article, we test the explanatory power of rental vote theory, employing survey data from the three elections. Based on a statistical model, we are able to address the question if rental voting occurred in all three elections. We find empirical support for rental voting in the State election of Lower-Saxony, but no support for the Bavarian nor the Federal election. These results illustrate the importance of the electoral context in explaining rental voting behaviour. We suggest that party strategies and campaign factors mediate the individualistic rationalities of casting a rental vote.

Abstrakt

Dieser Beitrag überprüft anhand einer statistischen Auswertung die Bedeutung von Leihstimmenverhalten im Bundestagswahljahr 2013. Während Leihstimmen der FDP einen unerwartet hohen Stimmanteil bei der Landtagswahl in Niedersachsen bescherten, verfehlte die FDP bei der Landtagswahl in Bayern und auch bei der Bundestagswahl den Einzug ins Parlament. Der Leihstimmenlogik zufolge sollten Unionsanhänger mit starken Präferenzen für eine schwarz-gelbe Koalition Anreize gehabt haben, die FDP mit ihrer Zweitstimme zu unterstützen, wenn sie deren Einzugschancen als unsicher bewerteten. Unsere Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Erklärungskraft dieses Ansatzes kontextabhängig ist. Dies unterstreicht die Bedeutung von Faktoren auf der Parteien- und Wahlebene für strategisches Wahlhandeln.

Abstract

In this article, we analyse the importance of rental votes in the election year 2013. While rental votes helped the FDP to enter parliament in the State election of Lower Saxony, the FDP fell short of the electoral threshold in the Bavarian State Election and the Federal election. According to rental voting theory, supporters of the CDU who suspected that the FDP would be in danger of falling below the electoral threshold should have voted for the FDP in all elections, in order to make their most preferred coalition more viable. We find that this rational rental vote calculus worked very differently in the three electoral contexts. Based on this finding we suggest that the individualistic rental voting calculus is influenced by campaign context, most importantly the campaign signals send out by the senior partner.

Eine der größten Überraschungen der Bundestagswahl im September 2013 war das Scheitern der FDP an der 5 %-Klausel. Der Koalitionspartner der CDU/CSU war damit zum ersten Mal seit Bestehen der Bundesrepublik nicht im Bundestag vertreten. Für viele politische Experten kam das schlechte Abschneiden der FDP überraschend, da sie von einer Stärkung des FDP-Stimmenanteils durch Leihstimmen von CDU/CSU-Wählern ausgegangen waren. Noch im Januar 2013 hatte die Landtagswahl in Niedersachsen ein eindrucksvolles Beispiel für strategische Wählerkoordination geliefert. Anstatt der etwa 4 bis 6 %, die für die FDP laut Wählerumfragen prognostiziert wurden, erhielt die Partei am Wahltag 9,9 % der Wählerstimmen. Laut eines Berichts der Forschungsgruppe Wahlen hatten rund 80 % der FDP-Wähler¹ aber eigentlich die CDU favorisiert (*Forschungsgruppe Wahlen* 2013). Dieser erstaunlich hohe Anteil an Leihstimmen war der Startpunkt einer bundespolitischen Diskussion, die das Wahljahr 2013 in besonderer Weise prägen sollte. Noch eine Woche vor der Bundestagswahl erhielt die Leihstimmenthematik durch das Ausscheiden der FDP aus dem Bayerischen Landtag erneute Brisanz. Hier hatte sich angedeutet, dass die FDP womöglich auch im Bund nicht im ausreichenden Ausmaß auf die Schützenhilfe der Unionswähler zählen können. Trotz einer daraufhin von der FDP-Führung scheinbar panisch lancierten Zweitstimmenkampagne, verpasste die FDP knapp den Einzug in den Bundestag, was die bundespolitische Parteienlandschaft nachhaltig verändert hat.

Auch für die politikwissenschaftliche Forschung stellt das Leihstimmverhalten im Wahljahr 2013 eine interessante Fallstudie dar. Das trotz ähnlicher Ausgangssituation unterschiedliche Ausmaß, in dem die FDP im Wahljahr Leihstimmen für sich vereinnahmen konnte, stellt etablierte wählerbasierte Modelle des strategischen Wählens auf die Probe (Cox 1997; Gschwend 2007; Meffert und Gschwend 2010; Meffert und Gschwend 2011; Shikano, Herrmann und Thurner 2009). Anders als elitenbasierte Erklärungsansätze, die die mediale Berichterstattung im Wahljahr 2013

¹Auch wenn wir im Folgenden von einem Wähler sprechen, steht selbstverständlich außer Frage, dass es sich dabei genauso gut um eine Wählerin handeln kann. Da wir theoretisch zwischen den Geschlechtern keinen Unterschied sehen, haben wir uns auf die kürzere männliche Form beschränkt, wenn wir den Singular benutzen.

dominiert haben, und davon ausgehen, dass Leihstimmenverhalten in erster Linie durch Signale der Parteien gelenkt wird, fußen diese Modelle auf einer individuenbasierten Logik. Demnach sollten insbesondere Unions-Wähler mit ausgeprägten Präferenzen für eine schwarz-gelbe Koalition Anreize haben, mit ihrer Zweitstimme den Juniorpartner FDP zu wählen, wenn sie den Wiedereinzug der FDP als gefährdet ansehen. Da Wähler unterschiedliche, und unterschiedlich stark ausgeprägte Koalitionspräferenzen haben, und die Wiedereinzugschancen der FDP unterschiedlich einschätzen, implizieren diese wählerbasierten Modelle, dass einige Wähler eher dazu neigen eine Leihstimme zu vergeben als andere. Folglich bedeutet das schlechte Abschneiden der FDP bei der Bayerischen Landtagswahl und der Bundestagswahl keinesfalls automatisch, dass Leihstimmverhalten in diesen Wahlen keine Rolle gespielt hat. Vielmehr ist es möglich, dass das strategische Wählermodell auch in diesen Wahlen funktioniert hat, jedoch im Vergleich zu Niedersachsen nur für die Wahlentscheidung eines kleineren Teils der Wählerschaft relevant war. So könnte das unterschiedliche Ausmaß des strategischen Wählens z.B. darin begründet sein, dass eine schwarz-gelbe Koalition bei der niedersächsischen Unions-Wählerschaft durchschnittlich beliebter war als im Bund oder in Bayern, oder die Wiedereinzugschancen der FDP unterschiedlich wahrgenommen wurden.

Aber ist dies wirklich der Fall? Ist das strategische Wählermodell in der Lage, in allen drei Wahlen klassisches Leihstimmverhalten zu identifizieren? Oder hat sich das Leihstimmverhalten der Unionswähler im Wahljahr 2013 grundsätzlich verändert? Anhand einer statistischen Auswertung von Wahlstudien zu den Landtagswahlen in Niedersachsen und Bayern und zur Bundestagswahl werden wir in diesem Beitrag die Erklärungskraft des strategischen Wählermodells für das Wählerverhalten der Unionswähler in diesen drei Wahlen überprüfen. Als Datenbasis dienen zum einen Wählerbefragungen des Projektes *Making Electoral Democracy Work* (Blais 2010), sowie Daten der *German Longitudinal Election Study*.

Wir können zeigen, dass Wähler offenbar nicht unabhängig vom jeweiligen Kontext einer Wahl Leihstimmen vergeben. Nur bei der Landtagswahl in Niedersachsen können wir Wahlverhaltensmuster identifizieren, die mit der bisherigen Theorie

übereinstimmen. Abschließend diskutieren wir einige Implikationen unserer Ergebnisse für die zukünftige Forschung.

1. Leihstimmen als Ergebnis eines individuellen strategischen Kalküls

Eine der definierenden Eigenschaften der repräsentativen Demokratie in der Form von parlamentarischen Regierungssystemen ist, dass Regierungen direkt von einer jeweiligen Mehrheit im Parlament abhängig sind. Solange keine einzelne Partei eine entsprechende Mehrheit an Sitzen im Parlament erhält, spielen für die Regierungsfähigkeit Koalitionen von Parteien eine entscheidende Rolle. Obwohl Wähler sich in der Bundesrepublik letztlich nur zwischen Parteien auf dem Stimmzettel entscheiden können, spielen mögliche Regierungsbündnisse nicht nur bei promovierten Wählern oder ‘political Junkies’ eine entscheidende Rolle. Konsequenterweise zeigt sich nicht nur in der Bundesrepublik, dass Wähler neben Parteipräferenzen auch systematisch Präferenzen für verschiedene Koalitionen entwickeln (Aldrich et al. 2004; Bargsted und Kedar 2009; Blais et al. 2006; Fredén 2014; Meffert und Gschwend 2010; Meffert et al. 2011; Pappi und Gschwend 2005). Unter solchen Bedingungen kann es natürlich vorkommen, dass ein Wähler, gerade weil er eine bestimmte Koalitionspräferenz besitzt, seine ansonsten meistpräferierte Partei nicht wählt. Denkbar sind etwa Situationen, in denen seine präferierte Partei offen für eine Koalition eintritt, die dieser Wähler selbst nicht mag (Gschwend und Hooghe 2008). Man spricht etwa von einer expressiven Koalitionswahl (Pappi und Gschwend 2005), wenn Wähler sich für eine Partei der meistpräferierten Koalition aussprechen, ohne dabei gleichzeitig ihre präferierte Partei zu wählen. Ein solches Motiv führt zu keinem strategischen Verhalten, weil nur die entsprechende Koalitionspräferenz entscheidungsrelevant ist. Es ergibt sich eine reine Präferenzwahl für eine Partei der meistpräferierten Koalition.

Im deutschen Fall sprechen wir von ‘Leihstimmen’, wenn Anhänger einer größeren Partei, also etwa der CDU/CSU oder der SPD, sich am Wahltag für den jeweils ausgemachten Junior-Koalitionspartner, also etwa für die FDP oder die Grünen, aussprechen. Eine solche Stimmabgabe ist genau dann strategisch, wenn sie nicht

schlicht die Koalitionspräferenz des Wählers abbildet, sondern nur unter bestimmten Umständen erfolgt - nämlich, wenn ohne solche Stimmen für den Junior-Koalitionspartner keine Mehrheit im Parlament für die präferierte Koalition erwartet wird. Dieser Fall ist dann besonders relevant, wenn der jeweilige kleine Koalitionspartner Gefahr läuft, an der 5 %-Hürde zu scheitern. Damit wären alle Stimmen für die kleine Partei verschenkt² und die potentielle Mehrheit im Parlament ginge verloren. Wenn aber in diesem Fall einige Anhänger des großen Koalitionspartners den Juniorpartner wählen, dann bliebe trotz veränderter Stimmabgabe die Summe der Stimmen des Koalitionslagers unverändert. Eventuell hätte dann aber der kleine Koalitionspartner genügend Stimmen, um die 5 %-Hürde zu überspringen und damit die Mehrheit für die Koalition zu sichern. Die Vergabe von Leihstimmen gilt als strategisches Verhalten von Wählern in Situationen, in denen erwartet wird, dass die Koalition ohne diese Stimmen nicht regierungsfähig sein wird. Es gibt mittlerweile eine Reihe von Studien für Länder wie Deutschland (Cox 1997; Gschwend 2007; Linhart 2007; Meffert und Gschwend 2011; Shikano, Herrmann und Thurner 2009), Österreich (Meffert und Gschwend 2010) und Schweden (Fredén 2014), die systematische Evidenz eines solchen Verhaltens mit unterschiedlichsten Methoden, Untersuchungsdesigns und Daten dokumentieren.

Die meisten Beiträge verschreiben sich einer individualistisch geprägten Perspektive. Danach neigen einige Wähler unter bestimmten Bedingungen eher dazu, eine Leihstimme zu vergeben als andere. Wenn Wähler sich auf eine Koalition festgelegt haben - ausgedrückt durch eine starke Präferenz für diese Koalition (Meffert und Gschwend 2010) oder eine geringe Differenz zwischen den Präferenzen für die einzelnen Koalitionsparteien (Gschwend 2007) - und gleichzeitig unsicher sind, ob der Junior-Koalitionspartner die Sperrklausel überwinden wird, dann sollte die Vergabe einer Leihstimme wahrscheinlicher sein. Wähler, die entweder sicher sind, dass der Junior-Koalitionspartner im Parlament repräsentiert sein wird oder aber sicher sind, dass der kleinere Koalitionspartner den Einzug ohnehin nicht schaffen wird, sollten keinen

²Zurückgehend auf Duverger (1954) wird die Motivation von Wählern ihre Stimme nicht zu verschenken, die sogenannte „wasted-vote“ Logik, ganz allgemein als Mechanismus für strategisches Verhalten von Wählern betrachtet.

Anreiz haben, eine Leihstimme zu vergeben - selbst, wenn sie die Koalition präferieren (Gschwend 2007; Meffert und Gschwend 2010; Shikano, Herrmann und Thurner 2009). Im Unterschied dazu sollte für expressive Koalitionswähler die Erwartung keine entscheidende Rolle spielen, solange die Partei im Parlament repräsentiert wäre.

Für strategisches Leihstimmen-Wählen ergibt sich somit eine klare theoretische Implikation. Der Einfluss von Koalitionspräferenzen auf die Wahlentscheidung zugunsten des kleineren an Stelle des größeren Koalitionspartners sollte abhängig davon sein, für wie wahrscheinlich Wähler den Einzug des Juniorpartners ins Parlament ansehen. Besonders für Wähler, die sich unsicher über den Einzug des Juniorpartners sind, sollten Koalitionspräferenzen die Wahlentscheidung beeinflussen. Die Theorie unterscheidet nicht zwischen Wählern die sich sicher sind, dass der Juniorpartner ins Parlament einzieht, und solchen, die sich sicher sind das er nicht einzieht.

Dementsprechend beinhaltet das relevante entscheidungstheoretische Modell Koalitionspräferenzen, Maße zur Quantifizierung der Unsicherheit über den Einzug der kleineren Koalitionspartei ins Parlament, sowie einen Interaktionseffekt zwischen Koalitionspräferenzen und der Unsicherheit, um den bedingten Einfluss von Koalitionspräferenzen zu berücksichtigen.

Dieser Perspektive folgend, hängt die Bedeutung von Leihstimmen etwa für den Fall der FDP in einer bestimmten Wahl vor allem von der durchschnittlichen Beliebtheit der CDU-FDP-Koalition und der Erwartung ab, wie sicher die FDP ins Parlament einzieht und nicht an der 5 %-Hürde scheitert. Nur wenn ein angemessen großer Anteil von Wählern eine CDU-FDP-Koalition präferiert und gleichzeitig unsicher ist, ob die FDP ins Parlament einziehen wird, sollte das FDP-Ergebnis am Wahltag durch Leihstimmen entscheidend beeinflusst sein. Diese Perspektive legt aber auch nahe, dass, wenn auch im Endergebnis kein großer Gewinn durch Leihstimmen zustande kommt, ein Anteil der Wähler trotzdem sich gemäß dem strategischen Kalkül verhält. Wann immer ein Wähler gerne eine Koalition zwischen der FDP und der CDU sehen würde, er sich aber unsicher ist, ob die FDP den Einzug schaffen wird, sollte er die FDP wählen.

Das Wahljahr 2013 ist ein besonders guter Testfall für die Theorie des

Leihstimmenwählens, weil die Ausgangssituation in den Wahlen ähnlich war, die Ergebnisse für die FDP jedoch sich jedoch stark unterschieden. In allen drei Wahlen waren zudem die Voraussetzungen für strategische Leihstimmen gegeben. Lag es an den individuellen Erwartungen, wie es gemäß der Theorie zu erwarten wäre, dass Leihstimmen nur in einem Kontext - dem der Landtagswahl in Niedersachsen - der FDP zu einem bedeuteten Vorteil verhalfen?

2. Die Leihstimmenthematik im Wahljahr 2013

Die Leihstimmenthematik hat alle Hauptwahlen im Wahljahr 2013 auf besondere Weise geprägt, die Landtagswahlen in Niedersachsen und Bayern und die Bundestagswahl.³ Die parteipolitischen Ausgangspositionen waren bei den drei Wahlen in wichtigen Punkten vergleichbar. Sowohl in den Ländern Niedersachsen und Bayern als auch im Bund bewarb sich die Regierungskoalition aus Unionsparteien und FDP um eine Weiterführung der Regierungszusammenarbeit.⁴ Zudem war die Realisierbarkeit einer solchen Koalition in besonderem Umfang vom Abschneiden der FDP abhängig. In allen Wahlen bewegte sich die FDP laut Umfragen sehr nahe an der 5 %-Hürde, in Niedersachsen und Bayern tendenziell knapp darunter, bei der Bundestagswahl tendenziell knapp darüber.

Während sich die FDP in allen drei Wahlen klar zu einer Fortführung der Koalition bekannte und andere Optionen ausgeschlossen hatte, nahm die Koalitionsfrage im

³Zudem fand gleichzeitig mit der Bundestagswahl eine Landtagswahl in Hessen statt, auf welche in diesem Artikel aber aufgrund fehlender vergleichbarer Umfragedaten nicht gesondert eingegangen wird.

⁴Die offizielle Koalitionsaussage der CSU zur Landtagswahl in Bayern war auch eine Weiterführung der Regierungskoalition. Gleichwohl war eine CSU-Alleinregierung laut Umfragen im Bereich des Möglichen. Diese Option wurde jedoch von der CSU im Wahlkampf nicht öffentlich verfolgt oder gar thematisiert. Für die Leihstimmenlogik ist die Option der alleinigen Mehrheit nur insofern von Relevanz, als dass sie imstande ist, für die CSU-Wählerschaft eine schwarz-gelbe Koalition als meistpräferierte Regierungsoption abzulösen. Nichtsdestotrotz sollte laut dem strategischen Wählermodell ein CSU-Wähler eine Leihstimme für die FDP abgeben, solange er eine schwarz-gelbe Koalition einer CSU-Alleinregierung vorzieht.

Wahlkampf der Unionsparteien in den drei Wahlen einen unterschiedlichen Stellenwert ein. In Niedersachsen stellte eine schwarz-gelbe Mehrheit für Ministerpräsident McAllister die einzige Machtoption dar, da die CDU eine Koalition mit Bündnis90/Die Grünen ausgeschlossen hatte. Die Parteienkonstellation ließ auch kaum eine andere Perspektive realistisch erscheinen (etwa die einer Großen Koalition), da sich durch den wahrscheinlichen Nichteinzug der Linken in den niedersächsischen Landtag ein schwarz-gelbes und ein rot-grünes Lager gegenüberstanden. Somit war klar, dass eines der Lager zwangsläufig eine absolute Mehrheit auf sich vereinen würde. Die Frage, ob die FDP es über die 5 %-Hürde schaffen würde, womöglich mit Hilfe von Leihstimmen, war eines der bestimmenden Themen in einem ansonsten inhaltsarmen Wahlkampf. Die Leihstimmenthematik wurde in der medialen Öffentlichkeit breit diskutiert und war zudem durch positive Äußerungen McAllisters zu Leihstimmen von CDU-Wählern angeheizt worden. Dass die FDP am Wahltag überraschende 9,9 % erreichte und das schwarz-gelbe Lager knapp eine Regierungsmehrheit verfehlte, führte auch in der Bundes-CDU zu innerparteilichen Diskussionen. Das Ergebnis der Niedersachsen-Wahl wurde derart interpretiert, dass die FDP-Gewinne alleinig auf Kosten des CDU-Ergebnisses gingen, ohne entsprechende Vorteile für beide Parteien zu realisieren. Besondere Brisanz erhielt die Thematik, da die Landtagswahl in Niedersachsen innerhalb der CDU als Generalprobe für die Bundestagswahl im Herbst angesehen wurde. Das übermäßige Ausmaß an Leihstimmverhalten führte somit innerhalb der CDU/CSU zu einem Überdenken der parteipolitischen Positionierung gegenüber der FDP in späteren Wahlkämpfen.

Diese Neupositionierung war bei der Bundestagswahl im September zu beobachten. Anders als in Niedersachsen führte die Union einen Wahlkampf, in dem die Koalitionsfrage eine untergeordnete Rolle einnahm. Fragen nach möglichen Koalitionen beantwortete die Unionsführung durchweg, indem sie darauf verwies, eine Weiterführung der Regierungskoalition sei zwar erwünscht, die Koalitionsfrage stelle sich aber erst nach der Wahl. Die in der letzten Wahlkampfwoche gestartete Leihstimmenkampagne der FDP wurde durch massiven Widerspruch aus der

Unionsführung direkt bekämpft.⁵ Auch bei der Landtagswahl in Bayern hatte die Leihstimmthematik bereits eine Rolle gespielt. Ähnlich wie die Bundes-CDU hatte sich die CSU für eine Weiterführung der Regierungskoalition ausgesprochen, aber davon abgesehen, einen Koalitionswahlkampf zu führen. Zudem hatte sich Ministerpräsident Seehofer in Interviews klar gegen eine Leihstimmenkampagne zugunsten der FDP ausgesprochen.⁶

Es lässt sich festhalten, dass die parteipolitische Ausgangsposition in den drei Wahlen ähnlich war. In allen drei Fällen wurde die Weiterführung der schwarz-gelben Regierungskoalition durch beide Parteien angestrebt, während der Juniorpartner FDP Gefahr lief, knapp den Einzug ins Parlament zu verpassen. Somit waren in allen drei Wahlen die Grundvoraussetzungen für strategisches Leihstimmverhalten vorhanden. Das wählerbasierte Modell strategischen Wählens sollte folglich in der Lage sein, Leihstimmverhalten in allen drei Wahlen zu identifizieren. Die drei Wahlen stellen allerdings eine harte Probe für das Modell dar, weil sich die strategische Positionierung im Wahlkampf, insbesondere der Unionsparteien, zwischen den Wahlkontexten unterscheidet. Während die CDU in Niedersachsen die Zweitstimmenkampagne der FDP in weiten Teilen tolerierte, standen die Unionsparteien in Bayern und bei der Bundestagswahl ihr ablehnend gegenüber. Sollte das wählerbasierte Erklärungsmodell trotzdem in der Lage sein, Leihstimmverhalten in den unterschiedlichen Kontexten ausfindig zu machen? In den folgenden Teilen soll die Erklärungskraft dieses Modells in den jeweiligen Wahlkontexten überprüft werden.

3. Das Leihstimmen-Modell

In unserer Analyse möchten wir überprüfen, inwieweit die empfundene Möglichkeit eines Scheiterns der FDP an der 5 %-Hürde die Wahlentscheidung zwischen FDP und CDU beeinflusst hat. Wähler mit einer starken Präferenz für eine schwarz-gelbe Regierungskoalition und der Befürchtung, dass die FDP knapp aus dem Parlament

5Z.B. Liberale nach Bayern-Wahldebakel - Für die FDP geht es ums Ganze, in: Süddeutsche Zeitung. 16.08.2013.

6Z.B. Seehofer: "Sorgenfreie Zone Unterfranken", in: Mainpost. 05.08.2013.

ausscheiden könnte, sollten die größte Bereitschaft für die Vergabe einer Leihstimme aufweisen. Diese Wähler sollten daher ihre Stimme eher der FDP als der CDU geben, als solche, die entweder ein Scheitern der FDP an der Sperrklausel für unwahrscheinlich halten oder aber den Einzug der FDP ins Parlament als gesichert betrachten.

Im Folgenden entwickeln wir ein theoretisches Entscheidungsmodell, in dem Koalitionspräferenzen die Wahrscheinlichkeiten für die Koalitionspartner zu stimmen in unterschiedlichem Ausmaße beeinflussen. Das Basismodell kann erweitert werden, um zu testen, ob der Effekt der Koalitionspräferenz durch die wahrgenommene Möglichkeit eines Scheiterns der FDP an der 5 %-Hürde verändert wird.⁷ Unsere Analyse konzentriert sich auf die Wahlentscheidung zwischen der FDP ($j = 1$), der CDU bzw. CSU ($j = 2$) oder einer anderen Partei ($j = 3$).⁸ y_i repräsentiert dabei die Wahlentscheidung von Individuum i :

$$y_i = \begin{cases} 1 & FDP \\ 2 & CDU \\ 3 & andere Partei \end{cases}$$

Wir definieren U_{ij} als den Nutzen von Individuum i , der mit der Wahlentscheidung für Option $j \in \{1, 2, 3\}$ einhergeht. Der individuelle Nutzen aus der Entscheidung für die FDP (U_{i1}) und die CDU (U_{i2}) kann dann als eine Funktion aus den Parteipräferenzen P_{ij} und der Präferenz für eine CDU-FDP-Koalition K_i modelliert werden. Um das Modell zu identifizieren, fixieren wir den systematischen Nutzen, der mit der Wahl einer anderen Partei einhergeht, auf 0.⁹

⁷Für ähnliche Modelle in der Literatur siehe Gschwend (2007), Meffert und Gschwend (2010).

⁸Prinzipiell ist auch eine Beschränkung der Analyse auf Stimmverhalten von Unionsanhängern denkbar, was aber eine Identifizierung von Unionsanhängern voraussetzt. Die hier gewählte breite Spezifizierung ist aus unserer Sicht vorzuziehen, da sie nicht von womöglich willkürlichen Klassifizierungen abhängt.

⁹Der Nutzen für die Wahl einer anderen Partei wird dabei nur durch unsystematischen Fehlerterm ε_{i3} beeinflusst.

$$\begin{aligned}
U_{i1} &= \beta_1^0 + \delta P_{i1} + \beta_1^1 K_i + \epsilon_{i1} \\
U_{i2} &= \beta_2^0 + \delta P_{i2} + \beta_2^1 K_i + \epsilon_{i2} \\
U_{i3} &= \epsilon_{i3}
\end{aligned}$$

β_j^0 repräsentiert dabei die Konstante, β_j^1 den Effekt der Präferenz für eine schwarz-gelbe Koalition und δ den Effekt der Parteipräferenzen auf den Nutzen eines einzelnen Wählers. Während der Effekt von Parteipräferenzen auf den Nutzen für beide Parteien gleich ist, kann der Effekt der Koalitionspräferenz auf den Nutzen unterschiedlich sein. Unter der Annahme, dass der Fehlerterm ϵ_{ij} einer Typ 1-Extremwertverteilung folgt, ergibt sich ein konditionales Logit-Modell (McFadden 1973). Wenn wir weiterhin den Nutzen eines Wählers in eine systematische (V_{ij}) und eine stochastische (ϵ_{ij}) Komponente aufteilen, erhalten wir $U_{ij} = V_{ij} + \epsilon_{ij}$ und somit das folgende Wahrscheinlichkeitsmodell:

$$\Pr(y_i = j) = \frac{\exp[V_{ij}]}{\sum_{k=1}^3 \exp[V_{ik}]}$$

Um zu analysieren, wie Koalitions- bzw. Parteipräferenzen die Wahrscheinlichkeit beeinflussen, die FDP an Stelle der CDU zu wählen, ist die Darstellung als logarithmiertes Verhältnis der Wahrscheinlichkeiten FDP statt CDU zu wählen hilfreich:

$$\log\left(\frac{\Pr(y_i = 1)}{\Pr(y_i = 2)}\right) = (\beta_1^0 - \beta_2^0) + (\beta_1^1 - \beta_2^1)K_i + \delta(P_{i1} - P_{i2})$$

Eine erste Implikation dieses Modells ist, dass - abhängig von der Größe der Differenz ($\beta_1^1 - \beta_2^1$) - entweder die FDP oder die CDU ihre Chancen erhöht, von Wählern mit starken Präferenzen für eine Koalition aus CDU und FDP gewählt zu werden. Ist diese Differenz größer als 0 ($\beta_1^1 > \beta_2^1$), steigt mit der Stärke der Präferenz für eine schwarz-gelbe Koalition die Wahrscheinlichkeit, die FDP an Stelle der CDU zu wählen. Ist die Differenz hingegen kleiner als null ($\beta_1^1 < \beta_2^1$), so erhöhen starke Koalitionspräferenzen die Wahrscheinlichkeit, dass ein Wähler eher für die CDU als für die FDP stimmt.

Die Leihstimmen-Logik impliziert jedoch keinen unabhängigen Effekt von Koalitionspräferenzen auf die Wahrscheinlichkeit FDP anstatt CDU zu wählen. Vielmehr folgt aus ihr, dass ein Anstieg der Wahrscheinlichkeit FDP zu wählen von den Erwartungen hinsichtlich deren Einzugs Wahrscheinlichkeit abhängt. Sind Wähler mit

starken Präferenzen für eine Koalition aus CDU und FDP unsicher, ob die FDP den Einzug schafft, sollten sie eher bereit sein, ihre Stimme der FDP an Stelle der CDU zu geben. Dies sollte nicht zwangsläufig für Wähler gelten, die sich relativ sicher sind, dass die FDP die Sperrklausel entweder überwinden oder an ihr scheitern wird. Um diese Überlegung in das Modell zu integrieren, parametrisieren wir sowohl β_1^1 als auch β_2^1 als eine Funktion aus der erwarteten Einzugswahrscheinlichkeit (Pr_i). Der Einfachheit halber definieren wir Pr_i als eine Dummy-Variable, die angibt, ob ein Wähler den Einzug der FDP ins Parlament als unsicher betrachtet (1) oder nicht (0).

$$\beta_j^1 = \gamma_j^0 + \gamma_j^1 Pr_i$$

Die Vergabe einer Leihstimme durch Wähler i sollte wahrscheinlicher werden, wenn i unsicher ist, ob die FDP an der Sperrklausel scheitert ($Pr_i = 1$). Daher sollte β_1^1 größer sein als β_2^1 ($\gamma_1^0 + \gamma_1^1 > \gamma_2^0 + \gamma_1^1$). Ist Wähler i hingegen sicher, dass die FDP entweder scheitern oder aber sicher ins Parlament einziehen wird ($Pr_i = 0$), sind andere Szenarien plausibel.¹⁰ Integrieren wir Gleichung (5) in die Gleichung (2), resultiert das vollständig spezifizierte Leihstimmen-Modell. Auf diese Weise können wir Schätzungen für γ erhalten:

$$\begin{aligned} U_{i1} &= \beta_1^0 + \delta P_{i1} + (\gamma_1^0 + \gamma_1^1 Pr_i) K_i + \epsilon_{i1} \\ U_{i2} &= \beta_2^0 + \delta P_{i2} + (\gamma_2^0 + \gamma_2^1 Pr_i) K_i + \epsilon_{i2} \\ U_{i3} &= \epsilon_{i3} \end{aligned}$$

Insgesamt ergibt dies ein konditionales Logit-Modell mit einem Interaktionseffekt zwischen der Unsicherheit eines Individuums hinsichtlich der Einzugswahrscheinlichkeit der FDP und der Präferenz für eine Koalition aus CDU und FDP. Die Parameter können mittels Maximum-Likelihood geschätzt werden.

¹⁰Das erste Szenario ist, dass beide Parteien gleichermaßen von einem Anstieg der Koalitionspräferenz profitieren ($\gamma_1^0 \approx \gamma_2^0$). Im zweiten Szenario profitiert der Junior-Koalitionspartner substantiell mehr ($\gamma_1^0 > \gamma_2^0$). Schließlich könnte es auch sein, dass der große Koalitionspartner mehr hinzugewinnt ($\gamma_2^0 > \gamma_1^0$).

4. Analyse des Leihstimmverhaltens in den Landtagswahlen Niedersachsen und Bayern und der Bundestagswahl 2013

Für die empirische Überprüfung des Modells benötigen wir Individualdaten zu den Partei- und Koalitionspräferenzen von Wählern, ihren Erwartungen hinsichtlich des Abschneidens der FDP, sowie zu ihrem Abstimmungsverhalten. Für die Bundestagswahl 2013 greifen wir hierzu auf Survey-Daten aus der *German Longitudinal Election Study* (GLES, ZA5700) zurück (Rattinger et al. 2014). Es handelt sich dabei um eine Querschnittsbefragung, die im Vorfeld zur Wahl durchgeführt wurde.¹¹ Befragte wurden darin unter anderem gebeten, ihre Haltung zu den Parteien sowie möglichen Koalitionsregierungen auf einer 11-Punkte-Skala wiederzugeben (genaue Fragetexte im Appendix). Zur Schätzung unserer Modelle benötigen wir hiervon die Wählerbewertung der CDU und FDP, sowie die Wählerbewertung einer schwarz-gelbe Regierungskoalition. Weiterhin sollten Befragte auf einer 5-Punkte-Skala angeben, für wie wahrscheinlich sie einen Einzug der FDP in den Bundestag halten. Anhand der Antworten auf diese Frage konnten wir die Wähler in zwei Gruppen aufteilen: Befragte, die einen Einzug oder ein Scheitern der FDP für wahrscheinlich oder sicher hielten, bilden die Gruppe der relativ sicheren Wähler. Für sie sollte das Leihstimmen-Argument gemäß den obigen Ausführungen weniger Bedeutung haben als für solche Wähler, die mit "vielleicht" antworteten und dementsprechend unsicher waren, wie die FDP in der Wahl abschneiden würde. Diese Kategorisierung ist konsistent mit in früheren Forschungsbeiträgen getroffenen Kodierentscheidungen (Meffert et al. 2011, Shikano, Herrmann und Thurner 2009). Schließlich wurden die Befragten auch nach ihrer beabsichtigten Abgabe der Zweitstimme gefragt. Anhand der Antworten bildeten wir eine Variable mit den Ausprägungen "FDP", "CDU" und "andere Partei", die in unserem Modell als abhängige Variable dient.

[Abbildung 1 hier einfügen]

¹¹Vorwahlstudien haben das generelle Problem, dass Wahlverhalten von Spätentscheidern möglicherweise nicht akkurat erfasst wird. Jedoch ist nicht abzuschätzen, warum dieses Problem besondere Relevanz für Leihstimmenverhalten hat.

Für die Landtagswahlen in Bayern und Niedersachsen verwenden wir Daten aus dem Projekt *Making Electoral Democracy Work* (MEDW). In beiden Fällen handelt es sich wiederum um Vorwahl-Querschnittbefragungen.¹² Die für unsere Analyse relevanten Fragen sind weitestgehend identisch zu den GLES-Daten. Partei- und Koalitionspräferenzen wurden ebenfalls anhand einer 11-Punkte-Skala abgefragt. Auch die Frage nach der beabsichtigten Zweitstimme ist inhaltlich identisch. Unterschiede ergeben sich bei der erwarteten Einzugswahrscheinlichkeit der FDP. Anstatt einer Skala mit lediglich fünf Antwortkategorien konnten Befragte ihre Erwartungen anhand einer 11-Punkte-Skala von “sehr unwahrscheinlich” bis “sehr wahrscheinlich” ausdrücken. Wiederum unterteilten wir die Wähler in zwei Gruppen. Befragte in den Antwortkategorien 4 bis 6 stellen dabei die Gruppe jener Wähler, die den Einzug der FDP als unsicher betrachteten.¹³ Diese Kodierung ergibt Gruppengrößen von unsicheren und sicheren Wählern, die mit den Gruppengrößen im Bund vergleichbar sind. Aufgrund der ähnlichen Umfragewerte für die FDP in den drei Wahlen erscheint die Kategorisierung somit plausibel. Der Anteil der Befragten, die angaben, die FDP zu wählen, ist vergleichbar in allen drei Studien. Während in unserem Sample in Niedersachsen 6,3 % die FDP wählen wollten, sind es im Bund mit 5,7 % etwas weniger, und in Bayern mit 9,0 % überraschenderweise etwas mehr.

Zuallererst ermöglichen die verschiedenen Datensätze eine Einschätzung der durchschnittlichen Bewertung der Regierungsoptionen durch die Wähler. Zur Untersuchung des Leihstimmverhaltens ist hierbei vor allem die Bewertung der Koalitionsoptionen durch Unions-Anhängern von Interesse. Wir begutachten den Prozentsatz der Befragten, die der CDU/CSU ihre höchste Bewertung gegeben haben, und eine schwarz-gelbe Koalition anderen Koalitionen vorziehen. Während im Bund der

¹²Der Befragungs-Modus unterscheidet sich zwischen den Daten des MEDW Projekts und der GLES. Während das MEDW-Projekt Befragungen internet-basiert durchführte, wurden Befragte in der GLES telefonisch kontaktiert. Außerdem unterscheidet sich die Sample-Größe zwischen den Studien stark. Während wir Angaben von 5906 Befragten in Bayern nutzen können, sind es 2001 Befragte im GLES-Datensatz, bzw. 983 Befragte in Niedersachsen.

¹³Der Fragetext für alle Studien findet sich im Anhang.

Anteil der CDU-FDP-Anhänger mit 66 % unter den Unions-Anhängern am höchsten liegt, wurde diese Koalitionsoption in Niedersachsen von 52 % favorisiert. Am wenigstens wünschenswert war eine schwarz-gelbe Koalition in Bayern mit 35 %. In Bayern favorisieren eine Mehrheit der CSU-Anhänger eine CSU-Alleinregierung (66 %). Eine Große Koalition war in Niedersachsen und im Bund bei Unions-Anhängern die zweit-präferierte Regierungsoption (Niedersachsen: 45 %; Bund: 32 %). Des Weiteren unterscheiden sich die CDU/CSU-Befürworter deutlich in der Einschätzung der Wahrscheinlichkeit einer Alleinregierung. Auf einer 11-Punkte-Skala gab der durchschnittliche CDU-Befürworter in Niedersachsen 3,39 an, in Bayern lag die durchschnittliche Einschätzung bei 6.¹⁴ Dies deutet darauf hin, dass eine Alleinregierung der CSU in Bayern von den CSU-Befürwortern als relativ wahrscheinlich eingeschätzt wurde. Es lässt sich zusammenfassen, dass eine schwarz-gelbe Koalition in Niedersachsen und im Bund vergleichbare Popularitätswerte unter Unions-Anhängern hatte. Es ist keine Überraschung, dass sich die Landtagswahl in Bayern unterscheidet, da hier eine Alleinregierung der CSU möglich war und dies auch von der CSU-Anhängerschaft präferiert wurde. Nichtsdestotrotz präferierte immer noch ein substantieller Anteil der CSU-Anhänger eine schwarz-gelbe Koalition, was ein breites Reservoir potentieller Leihstimmgeber darstellt.

Von Bedeutung für Leihstimmverhalten ist zudem die Verteilung der Parteibewertungen und wahrgenommen Einzugsicherheit der FDP unter den Unions-Anhängern. Abbildung 1 zeigt die Verteilung dieser Merkmale für die Wahlen in Bayern, Niedersachsen und im Bund, wieder für Wähler, die der CDU (bzw. CSU) die beste Bewertung gegeben haben. Die gestrichelten Linien stellen jeweils den Mittelwert dar. Insgesamt unterscheiden sich die Verteilungen zwischen den unterschiedlichen Wahlen nur gering. Die auffälligsten Abweichungen ergeben sich hinsichtlich der Koalitionsbewertung. Während die Koalition in Niedersachsen sowie in Bayern in etwa die gleiche Zustimmung erfährt, wird sie im Bund im Durchschnitt etwas positiver gesehen. Auch die FDP wird im Bund etwas positiver bewertet als in Niedersachsen und Bayern. Gleichzeitig ist im Bund der Anteil der Wähler, die den Einzug der FDP ins

¹⁴Für den Bund liegen leider keine Daten vor.

Parlament als unsicher betrachten, am kleinsten (27 % im Bund). In Niedersachsen und in Bayern ist dieser Wert nahezu identisch (36 % in beiden Ländern). Solche kleineren Differenzen könnten allerdings auch auf die Frageformulierung oder die unterschiedlichen Skalen zurückzuführen sein. Deswegen sehen wir eher die Vermutung bestätigt, dass die Kennziffern unter CDU-Befürwortern in den drei Wahlen relativ ähnlich sind.

Basierend auf den Daten kann für alle Wahlen das Leihstimmen-Modell geschätzt werden.¹⁵ Die Schätzungen für das Leihstimmen-Modell fasst Tabelle 1 zusammen. Für alle drei Wahlen wurden jeweils zwei Modelle geschätzt. Modell 1 stellt dabei das Basismodell dar, in dem Partei- und Koalitions-Bewertungen, Parteiidentifikation sowie weitere Kontrollvariablen (Alter, Geschlecht, Bildung) enthalten sind.¹⁶ Unser Modell beinhaltet sowohl Kovariaten, die über die beiden Parteien und Befragte variieren (Partei-Bewertung, Parteiidentifikation), als auch solche, die nur über Befragte variieren (Koalitions-Bewertung CDU-FDP, Einzugs-Unsicherheit FDP, Geschlecht, Alter und Bildung). Während Partei-Bewertung und Parteiidentifikation, einer konditionalen Logit-Spezifikation folgend, nur einen Effekt-Parameter erhalten, besitzen die anderen Kovariaten gesonderte Effekt-Parameter für die CDU/CSU- und FDP-Wahlwahrscheinlichkeit. In Modell 2 wird dann zur Vervollständigung des Leihstimmen-Modells zusätzlich die Unsicherheit über den Einzug der FDP sowie eine Interaktion zwischen dieser Variable und der Bewertung einer schwarz-gelbe Koalition aufgenommen.

Von Interesse ist zunächst der Effekt der Koalitions-Bewertung auf die Wahrscheinlichkeit CDU, FDP oder eine andere Partei zu wählen. Betrachtet man die Basismodelle, so zeigt sich, dass die FDP in Niedersachsen und im Bund substantiell

¹⁵Wir benützen die in R 3.0.2 implementierte *optim*-Funktion, um die Likelihood des Modells numerisch direkt zu maximieren.

¹⁶Parteiidentifikation ist als Dummy-Variable kodiert, für die der Wert „1“ Identifikation mit der CDU/CSU bzw. FDP bedeutet und „0“ keine Identifikation, oder mit einer anderen Partei. Deskriptive Statistiken für die Variablen finden sich im Anhang. Auffällig hierbei ist der unterschiedliche Anteil derer, die sich mit der FDP identifizieren.

mehr von einer starken CDU/FDP-Koalitions-Bewertung profitieren konnte als die CDU (unter Konstanzhaltung anderer Variablen). In Niedersachsen ist die Differenz dabei stärker ausgeprägt als auf Bundesebene. In Bayern ist der generelle Einfluss der Koalitions-Bewertung auf die Wahlentscheidung von geringerer Bedeutung. Zwar scheint die FDP auch hier von einer ausgeprägten Koalitions-Bewertung stärker zu profitieren als die CDU, jedoch ist dieser Unterschied nur marginal.

[Tabelle 1 hier einfügen]

Weiter oben haben wir argumentiert, dass eine positive Koalitions-Bewertung alleine noch nicht die Vergabe einer Leihstimme bewirkt. Stattdessen sollten insbesondere Wähler, die eine schwarz-gelbe Koalition durch das Scheitern der FDP in Gefahr sehen, dazu tendieren eher die FDP zu wählen. Der Interaktionseffekt zwischen Koalitionsbewertung und der Einzugs-Unsicherheit sollte für die FDP demnach positiv und substantiell größer sein als für die CDU. Betrachtet man Modell 2 für die Wahl in Niedersachsen, so bestätigt sich diese Erwartung. Sowohl für die FDP als auch für die CDU ist der Interaktionseffekt positiv und signifikant, d.h. der Einfluss der Koalitions-Bewertung ist für unsichere Wähler größer als für Wähler, die sich sicher waren, dass die FDP einzieht oder scheitert. Der geschätzte Effekt ist für die FDP ebenfalls deutlich stärker als für die CDU. In Übereinstimmung mit der Leihstimmen-Logik deutet dies darauf hin, dass die FDP stärker von Wählern profitiert, die eine starke Präferenz für eine schwarz-gelbe Regierung besitzen und gleichzeitig Zweifel am Einzug der FDP ins Parlament haben. Betrachtet man hingegen die Ergebnisse für Bayern und den Bund, so zeigen sich stark abweichende Resultate. In Bayern verändern sich die Parameter durch die Hinzunahme des Interaktionseffekts nur unwesentlich. Beide Interaktionseffekte sind nicht substantiell unterschiedlich von Null. Dies deutet darauf hin, dass das Leihstimmen-Modell in diesem Datensatz keine zusätzliche Erklärungskraft entfaltet. Für den Datensatz zur Bundestagswahl sind beide Interaktionseffekte nicht signifikant und zeigen in entgegengesetzte Richtungen. Der Interaktionseffekt für die FDP ist positiv und der Effekt für die CDU ist negativ. Unter Umständen kann dies zu einer Bestätigung des Leihstimmen-Kalküls führen, da eine erhöhte Koalitionspräferenz unter Befragten, die sich hinsichtlich des FDP-Einzugs unsicher sind, noch stärker der FDP zu

Gute kommt als der CDU. Dieser Erklärungsansatz erscheint aber aufgrund der Nicht-Signifikanz der Interaktionseffekte fraglich. Der Effekt der Koalitionsbewertung auf die Wahrscheinlichkeit FDP zu wählen scheint demnach nicht zwischen unsicheren und sicheren Wählern zu variieren, wie es das Leihstimmen-Argument impliziert. Des Weiteren sind die direkten Effekte der Einzugs-Unsicherheit von Interesse. Im Bund ist dieser stark negativ für die FDP, aber positiv für die CDU. Unsichere Wähler haben demzufolge eventuell grundsätzlich eine geringere Wahrscheinlichkeit die FDP zu wählen¹⁷.

[Abbildung 2 hier einfügen]

Um die substantiellen Implikationen der geschätzten Basismodelle zu verdeutlichen, simulieren wir die Differenz zwischen der Wahrscheinlichkeit FDP und der Wahrscheinlichkeit CDU zu wählen. Wir simulieren diese Wahrscheinlichkeiten für repräsentative Wähler, die sich einmal unsicher sind, ob die FDP ins Parlament einzieht, und einmal sicher. In den gewählten Szenarien bewerten diese Wähler die FDP nur etwas negativer (8 von 10) als die CDU (10 von 10) und besitzen einmal eine starke Präferenz für die Koalition (10 aus 10) und ein anderes Mal eine etwas schwächere (8 von 10). Unser Augenmerk liegt hierbei auf der Veränderung der vorhergesagten Wahrscheinlichkeit durch die Stärkung der Koalitionsbewertung. Grafik 2 zeigt die Ergebnisse der Simulation.¹⁸ Für die Wahl in Niedersachsen zeigt sich eine Bestätigung

¹⁷Es soll angemerkt werden, dass bei der direkten Interpretation von Interaktionsmodellen Vorsicht geboten ist. Im Kontext von Wahlentscheidungsmodellen hängt der marginale Effekt auf die Wahlwahrscheinlichkeit immer auch von der vorhergesagten Wahrscheinlichkeit ab (Ai und Norton 2003). Eine sinnvolle Möglichkeit, die Effekte zu begutachten, sind simulierte Wahrscheinlichkeiten (Berry, DeMeritt und Esarey 2010). Im nächsten Abschnitt werden wir auf diese Möglichkeit zurückgreifen.

¹⁸Zur Simulation berechnen wir die vorhergesagten Wahlwahrscheinlichkeiten für die angegebenen Szenarien. Wir nehmen weiter an, dass die Person keine Parteiidentifikation vorweist und setzen weitere Parameter auf den Durchschnitt des jeweiligen Datensatzes. Um die Unsicherheit der Parameterschätzung auf die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten zu übertragen, nutzen wir eine von King et al. (2000) entwickelte Methode.

der Leihstimmen-Logik. Für Wähler, die sich unsicher sind, ob die FDP einzieht, steigt die Wahrscheinlichkeit FDP zu wählen signifikant an. Während ein Wähler mit starker Koalitionspräferenz eindeutig dazu tendiert, der FDP seine Stimme zu geben (Differenz 50 Prozentpunkte), zeigen die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten für einen Wähler mit etwas schwächerer Präferenz eine in etwa ausgeglichene Chance entweder CDU oder FDP zu wählen (- 15 % Prozent Punkte). Dieser Anstieg ist von substantiellem Interesse: Zwei Punkte auf der Rating-Skala verschieben die Wahrscheinlichkeit um 65 Prozentpunkte zu Gunsten der FDP. Für Wähler, die sich sicher sind, ist dieser Anstieg deutlich geringer und statistisch insignifikant. Mit starker Koalitionsbewertung tendieren die Wähler zwar dazu, eher die FDP zu wählen (30 Prozentpunkte), basierend auf der statistischen Unsicherheit unserer Schätzung können wir diese aber nicht von Wählern mit schwacher Koalitionsbewertung unterscheiden. Dies bestätigt die Leihstimmen-Logik: Die Unsicherheit über den Einzug der FDP bewirkt einen enormen Stimmengewinn unter Wählern mit einer stark positiven Koalitionsbewertung. Die Ergebnisse der Simulation für die Wahlen in Bayern und im Bund unterscheiden sich erheblich von denen in Niedersachsen. Alle simulierten Differenzen liegen im negativen Bereich. Im Unterschied zur Landtagswahl in Niedersachsen sagen die Modelle für einen Wähler mit den gleichen Bewertungen also eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit voraus, für die CDU zu stimmen. Überraschend ist vor allem die Veränderung der Differenz im Bundestag. Für sichere Wähler ist die Differenz hier etwas weniger zu Gunsten der CDU ausgeprägt als für unsichere Wähler. Wie bereits diskutiert, wird diese verursacht durch den direkten Effekt der Einschätzung über den Einzug der FDP (der sich negativ auf die FDP-Wahl und positiv auf die CDU-Wahl auswirkt). Allgemein zeigt sich bei stark positiver Koalitionsbewertung weder im Bund noch in Bayern ein substantieller Zugewinn von FDP-Stimmen. Weder für Wähler, die sich sicher sind, noch für solche, die sich unsicher sind, ob die FDP ins Parlament einzieht. Diese Beobachtung ist eindeutig konträr zur Leihstimmen-Logik.

Insgesamt findet sich nur in der niedersächsischen Landtagswahl Evidenz für die Leihstimmen-Logik. Die individualistische Perspektive, nach der Leihstimmen unabhängig vom Kontext ein sinnvolles strategisches Wahlverhalten für einen Teil der

Wähler darstellt, wird dadurch in Frage gestellt. Im nächsten Abschnitt diskutieren wir weiter Erklärungsansätze, die zum Verständnis von Leihstimmverhalten beitragen könnten.

5. Diskussion

Dieser Beitrag hat untersucht, inwiefern wählerbasierte Modelle strategischen Wählens das Leihstimmverhalten in den drei Hauptwahlen des Wahljahrs 2013 erklären können. Diese Modelle argumentieren, dass es für Wähler Sinn macht, ihre Zweitstimme dem Junior-Partner zu überlassen, wenn sie den Junior-Koalitionspartner ihrer präferierten Koalition aufgrund der 5 %- Hürde gefährdet sehen. Die wählerbasierte Logik, auf der diese Modelle beruhen, bedeutet in der Konsequenz, dass diese Wähler unabhängig vom jeweiligen Kontext einer Wahl Leihstimmen vergeben sollten. In dieser Allgemeinheit finden wir dies allerdings nicht empirisch bestätigt. Nur bei der Landtagswahl in Niedersachsen ist unsere statistische Analyse imstande, Wahlverhaltensmuster zu identifizieren, die mit der individualistischen Leihstimmen-Logik übereinstimmen. Bei der Landtagswahl in Bayern und bei der Bundestagswahl beobachten wir keine Anzeichen, dass die Leihstimmen-Logik eine Rolle gespielt hat. Dieser Befund fordert die allgemeine Gültigkeit des wählerbasierten Ansatzes heraus.

Warum funktionierte die individualistische Leihstimmen-Logik nur bei der Landtagswahl in Niedersachsen und nicht in Bayern oder im Bund? Zuerst sollte noch einmal auf die unterschiedlichen Koalitionsoptionen der Unionsparteien bei den Wahlen hingewiesen werden. Während in Niedersachsen die Rückfalloption "Große Koalition" nicht zur Verfügung stand, war sie im Bund sogar recht wahrscheinlich. In Bayern bestand zudem die Option auf eine Alleinregierung der CSU. Obwohl die schwarz-gelbe Koalition in allen drei Kontexten von einem großen Teil der Unionsanhänger präferiert wurde, und somit Leihstimmen möglich gewesen wären, ist nicht auszuschließen, dass diese Variation in den Parteikonstellationen Auswirkungen auf die Relevanz des Leihstimmen-Kalküls für die Unionswähler hatte.

Ein alternativer Erklärungsansatz für Leihstimmen wird vor allem von politischen Kommentatoren vertreten. Anders als der individualistische Erklärungsansatz betont

dieser oftmals die Signale, die von den Parteien vor der Wahl ausgesendet werden. Dieser elitenbasierte Ansatz argumentiert, zumeist implizit, dass Signale entscheidend dafür sind, ob Wählergruppen Leihstimmen vergeben oder nicht. Sprich, nur wenn die Unionsparteien ihren Wählern signalisieren, dass Leihstimmen in einem bestimmten Kontext strategisch sinnvoll und erwünscht sind, werden einige der Unions-Anhänger Leihstimmen vergeben. Auch wenn diese Perspektive in der neueren politikwissenschaftlichen Forschung weniger Beachtung geschenkt wird, sind wir überzeugt, dass sie zum Verständnis unterschiedlichen Leihstimmverhaltens in den drei Wahlen substanziell beitragen kann.¹⁹ Es ist auffällig, dass in Niedersachsen die CDU-Signale für Leihstimmen eher positiv waren. Der CDU-Spitzenkandidat McAllister sprach das Thema bei einem Auftritt auf einer FDP-Wahlkampfveranstaltung sogar direkt an: “Viele CDU-Wähler haben mir in den vergangenen Tagen gesagt, sie überlegten, zum ersten Mal in ihrem Leben mit der Zweitstimme FDP zu wählen. Wenn nur ein Bruchteil von ihnen das wirklich tut, dann wird die FDP fünf Prozent erreichen und wieder in den Landtag kommen.” (Vergleiche Zeit Online vom 05.01.2013) Diese oft zitierte Aussage wurde als Leihstimmen-Signal der CDU interpretiert, und zusätzlich unterstrichen durch die Tatsache, dass ein CDU-Spitzenkandidat bei einer Wahlveranstaltung der FDP auftritt. Im Bund und in Bayern waren solche Signale dagegen kaum vorhanden. Im Gegenteil warb Angela Merkel explizit für beide Stimmen der Wähler: “Wenn ich ein starkes Mandat als Bundeskanzlerin auch in der Zukunft haben soll, dann ist es gut, wenn ich viel Unterstützung mit beiden Stimmen von den Menschen in Deutschland bekommen kann.” (Vergleiche ruf-der-heimat.com vom 01.12.2013) Horst Seehofer ließ sogar selbstsicher verlauten: “Es gibt keine Leihstimmen.” (Vergleiche tagesspiegel.de vom 16.09.2013)

Das Aussenden solcher Signale, oder das Ausbleiben solcher, kann die Koordination zwischen Wählern vereinfachen, ob eine Leihstimme gewünscht und aussichtsreich ist. Ein grundsätzliches Problem, dem sich potentielle Leihstimmengeber ausgesetzt sehen, ist die Frage, wer nun seine Stimme dem Juniorpartner “leiht”. Man beachte exemplarisch eine Situation, in der zwei potentielle Leihstimmengeber gleichzeitig und

19Ältere Beiträge, die eine ähnliche Perspektive vertreten, sind unter anderem Laux (1973) und Roberts (1988).

unabhängig entscheiden, ob sie ihre Stimme dem Junior-Partner überlassen oder nicht. In einer Situation, in der eine der beiden Stimmen ausreichend wäre, um dem Juniorpartner über die Hürde zu helfen und damit die Koalition zu ermöglichen, müssen sich die beiden Wähler koordinieren, zumal beide womöglich eher für Ihre Stammpartei stimmen würden. In einer solchen hypothetischen Situation sind zwei suboptimale Ergebnisse möglich: Beide geben ihre Stimme dem Juniorpartner und schwächen somit ihre Stammpartei, oder beide stimmen für ihre Stammpartei und die Koalition kommt nicht zustande. Signale der Parteien könnten dabei helfen, dieses Koordinationsproblem zu überwinden. Diese theoretische Überlegung verbindet die elitenbasierte und die individualistische Perspektive und kann die zukünftige Forschung zu den Folgen von Koalitionssignalen leiten. Allerdings scheint es schwierig, einen überzeugenden Test des Eliten-Ansatzes zu finden, da dieser Variation auf der Wahlebene als erklärend für Leihstimmenverhalten ansieht. Nur eine geringe Anzahl an Wahlen mit vergleichbaren Koalitionskonstellationen sind jedoch verfügbar, und die verlässliche Messung von Parteisignalen schwierig. Laborexperimente könnten hier Abhilfe schaffen.

Die Theorie des Leihstimmenwählens ist im Grunde eine Anwendung der Erwartungsnutzentheorie. Psychologische Konzepte wie Erwartungsbildung oder Präferenzen, die ja die zentralen Bausteine der Leihstimmen-Logik sind, werden hier als exogen behandelt. Unser Argument setzt psychologische Mechanismen voraus, die zur Bildung von Erwartungen über den Wahlausgang bzw. den Einzug bestimmter Parteien ins Parlament oder zur Bildung von Präferenzen führen. Sie sind aber nicht Bestandteil des Theorietests. Sie können es auch nicht sein. Wir können mit den verwendeten Daten weder die Prozesse der Erwartungsbildung noch der Präferenzformation endogenisieren. Selbst Prozesse der Informationsverarbeitung, die diese Mechanismen besser beschreiben, können wir mit Umfragedaten nicht hinreichend genau adressieren. Unser Beitrag zur Politischen Psychologie bleibt folglich zu zeigen, abgeleitet aus einem sparsamen Erwartungsnutzenmodells für Wähler, dass scheinbar „gleiche“ Wähler aufgrund unterschiedlicher Erwartungen sich unterschiedlich verhalten.

Literatur

- Ai, C. & Norton, E. C. (2003). Interaction terms in logit and probit models. *Economics Letters* 80, 1, 123–129.
- Aldrich, J.H., Blais, A., Indridi, H. I. & Levine R. (2004). Coalition Considerations and the Vote. In A. Arian und M. Shamir (Eds.) *The Elections in Israel, 2003* (p. 180–211). New Brunswick, NJ: Transaction Publishers.
- Bargsted, M. A. & Kedar, O. (2009). Coalition-Targeted Duvergerian Voting: How Expectations Affect Voter Choice under Proportional Representation. *American Journal of Political Science* 53, 2, 307–323.
- Berry, W. D., DeMeritt, J. R. D. & Esarey, J. (2010). Testing for Interaction in Binary Logit and Probit Models: Is a Product Term Essential?. *American Journal of Political Science* 54, 1, 248–266.
- Blais, A. (2010). Making Electoral Democracy Work. *Electoral Studies* 29, 1, 169–170.
- Blais, A., Aldrich, J. H., Indridi, H. I. & Levine R. (2006). Do Voters Vote For Government Coalitions?: Testing Downs' Pessimistic Conclusion. *Party Politics* 12, 6, 691–705.
- Cox, G. W. (1997). *Making Votes Count: Strategic Coordination in the World's Electoral Systems*. New York, NY: Cambridge University Press.
- Duverger, M. (1954). *Political Parties, Their Organization and Activity in the Modern State*. London: Methuen.
- Forschungsgruppe Wahlen* (2013). Rot-Grün schafft knapp den Wechsel FDP nur dank CDU-Leihstimmen stark. Zugriff am 14.11.2014. Verfügbar unter: www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/News1_Nied_2013.pdf.
- Fredén, A. (2014). Threshold Insurance Voting in PR Systems: A Study of Voters' Strategic Behavior in the 2010 Swedish General Election. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties* 24, 4, 473–492.
- Gschwend, T. 2007. Ticket-splitting and strategic voting under mixed electoral rules: Evidence from Germany. *European Journal of Political Research* 46, 1, 1–23.
- Gschwend, T. & Hooghe, M. (2008). Should I stay or should I go? An experimental study on voter responses to pre-electoral coalitions. *European Journal of Political Research* 47,5, 556–577.

- King, G., Tomz M. & Wittenberg J. (2000). Making the most of statistical analyses: Improving interpretation and presentation. *American Journal of Political Science* 44 ,2, 347–361.
- Laux, W. E. (1973). West German political parties and the 1972 Bundestag election. *The Western Political Quarterly* 26, 3, 507–528.
- Linhart, E. 2007. Rationales Wählen als Reaktion auf Koalitionssignale am Beispiel der Bundestagswahl 2005. *Politische Vierteljahresschrift* 48 , 1968, 461–484.
- McFadden, D. 1973. Conditional logit analysis of qualitative choice behavior. In P. Zarebka (Eds.), *Frontiers in Econometrics* (pp.105–142). New York, NY: Academic Press.
- Meffert, M. F., Huber, S., Gschwend, T. & Pappi, F. U. (2011). More than wishful thinking: Causes and consequences of voters' electoral expectations about parties and coalitions. *Electoral Studies* 30 , 4, 804–815.
- Meffert, M. F. & Gschwend , T. (2010). Strategic coalition voting: Evidence from Austria. *Electoral Studies* 29 , 3 , 339–349.
- Meffert, M. F. & Gschwend, T. (2011). Polls, coalition signals and strategic voting: An experimental investigation of perceptions and effects. *European Journal of Political Research* 50 , 5, 636–667.
- Pappi, F. U. & Gschwend, T. (2005). Partei- und Koalitionspräferenzen der Wähler bei der Bundestagswahl 1998 und 2002. In J. W. Falter, O. W. Gabriel & B. Weßels (Eds.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002* (pp. 284–305). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Rattinger, H.; Roßteutscher, S.; Schmitt-Beck, R.; Weßels, B. & Wolf, C. (2014): Vorwahl-Querschnitt (GLES 2013). GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5700 Datenfile Version 2.0.0
- Roberts, G. K. (1988). The 'second-vote' campaign strategy of the West German Free Democratic Party. *European Journal of Political Research* 16, 3, 317–337.
- ruf-der-heimat.com vom 19.09.2013. Kanzlerin lehnt "Leihstimmen" für die FDP ab Wer Merkel will, soll CDU wählen. <http://ruf-der-heimat.com/2013/09/19/kanzlerin-lehnt-leihstimmen-fur-die-fdp-ab-wer-merkel-will-soll-cdu-wahlen/> (Letzter Zugriff 23.3.2015)
- Shikano, S., Herrmann, M. & Thurner, P.W. (2009). Strategic Voting under Proportional

Representation: Threshold Insurance in German Elections. *West European Politics* 32, 3, 634–656.

tagesspiegel.de 16.09.2013. Horst Seehofer: "Es gibt keine Leihstimmen"

<http://www.tagesspiegel.de/politik/news-blog-nach-der-bayern-wahl-horst-seehofer-es-gibt-keine-leihstimmen/8795314.html> (Letzter Zugriff 23.3.2015)

Zeit Online 05.01.2013. Wahl in Niedersachsen. CDU will der FDP keine Zweitstimmen schenken. <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-01/cdu-fdp-niedersachsen-zweitstimme> (Letzter Zugriff 23.3.2015)

Anhänge

Fragetexte

MDEW Q7b:

Den Kandidaten/Die Kandidatin welcher Partei werden Sie in Ihrem Wahlkreis mit der Zweitstimme wählen?

GLÉS Q11b:

Bei der Bundestagswahl können Sie ja zwei Stimmen vergeben. Die Erststimme für einen Kandidaten aus Ihrem Wahlkreis und die Zweitstimme für eine Partei. Hier ist ein Musterstimmzettel, ähnlich wie Sie ihn bei der Bundestagswahl erhalten. Was werden Sie auf Ihrem Stimmzettel ankreuzen? Bitte nennen Sie mir jeweils die Kennziffer für Ihre Erst- und Zweitstimme.

Rating Parteien

MDEW Q17:

Bitte bewerten Sie die folgenden Parteien auf Bundesebene auf einer Skala von 0 bis 10, wobei 0 bedeutet, dass Sie von dieser Partei überhaupt nichts halten, und 10, dass Sie von dieser Partei sehr viel halten.

GLÉS Q21:

Was halten Sie so ganz allgemein von den einzelnen politischen Parteien? Sagen Sie es mir bitte anhand dieser Skala. -5 heißt, dass Sie überhaupt nichts von der Partei halten, +5 heißt, dass Sie sehr viel von der Partei halten. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen. Was halten Sie von der...?

Rating Koalitionen

MDEW Q21:

Bitte bewerten Sie die möglichen Koalitionen nach der Bundestagswahl auf einer Skala von 0 (= halte sehr wenig davon) bis 10 (= halte sehr viel davon).

GLÉS Q79:

Nun eine Frage zur möglichen Zusammensetzung der Bundesregierung nach der nächsten Bundestagswahl. Unabhängig davon, wie wahrscheinlich eine solche Koalition Ihrer Meinung nach ist, für wie wünschenswert halten Sie persönlich die folgenden Koalitionsregierungen?

Einzugswahrscheinlichkeit

MDEW Q23:

Wie wahrscheinlich ist Ihrer Meinung nach der Einzug der folgenden Parteien in den Landtag von [Bayern/Niedersachsen]? 0 bedeutet "sehr unwahrscheinlich" und 10 "sehr wahrscheinlich", mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

GLÉS Q16:

Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass die folgenden Parteien bei der bevorstehenden Bundestagswahl jeweils genügend Stimmen bekommen, um in den Bundestag einzuziehen? Bestimmt, wahrscheinlich, vielleicht, wahrscheinlich nicht oder bestimmt nicht? Wie ist das mit der...?

Parteiidentifikation

MDEW Q47 + Q47a:

Stehen Sie - ganz allgemein – auf Bundesebene einer bestimmten Partei nahe?
Um welche Partei handelt es sich?

GLÉS Q119:

Und nun noch einmal kurz zu den politischen Parteien. In Deutschland neigen viele Leute längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie - ganz allgemein gesprochen - einer bestimmten Partei zu? Und wenn ja, welcher?

Deskriptive Statistik

Deskriptive Statistik: Niedersachsen

Statistik	N	Mean	St. Dev.	Min	Max
Bewertung CDU	926	4.876	3.201	0	10
Bewertung FDP	920	2.579	2.618	0	10
Bewertung CDU-FDP	898	3.425	3.411	0	10
Wahr. Einzug FDP	909	3.641	2.652	0	10
Geschlecht	983	0.514	0.500	0	1
Alter	983	47.410	14.440	18	81
Bildung	983	4.061	1.695	1	7
PID CDU	983	0.119	0.324	0	1
PID FDP	983	0.011	0.105	0	1

Datenquelle: Eigene Berechnungen basierend auf MEDW Datensatz (Blais 2010)

Deskriptive Statistik: Bayern

Statistik	N	Mean	St. Dev.	Min	Max
Bewertung CSU	5,631	6.121	3.013	0	10
Bewertung FDP	5,375	4.426	2.588	0	10
Bewertung CSU-FDP	5,480	4.574	3.176	0	10
Wahr. Einzug FDP	5,547	5.164	2.572	0	10
Geschlecht	5,906	0.508	0.500	0	1
Alter	5,906	45.140	13.270	18	88
Bildung	5,906	4.305	1.934	1	7
PID CSU	5,906	0.147	0.354	0	1
PID FDP	5,906	0.037	0.189	0	1

Datenquelle: Eigene Berechnungen basierend auf MEDW Datensatz (Blais 2010)

Deskriptive Statistik: Bund

Statistik	N	Mean	St. Dev.	Min	Max
Bewertung CDU	1,962	6.728	2.881	1	11
Bewertung FDP	1,930	4.993	2.469	1	11
Bewertung CDU-FDP	1,882	5.728	3.302	1	11
Wahr. Einzug FDP	1,909	2.547	1.025	1	5
Geschlecht	2,001	0.494	0.500	0	1
Alter	2,001	55.800	18.900	16	99
Bildung	1,995	3.108	1.334	1	9
PID CDU	2,001	0.297	0.457	0	1
PID FDP	2,001	0.022	0.147	0	0

Datenquelle: Eigene Berechnungen basierend auf GLES, ZA5700 (Rattinger et al. 2014)

Tabellen

Tabelle 1. Ergebnisse für Niedersachsen, Bayern und Bund

	Niedersachsen				Bayern				Bund			
	Model 1		Model 2		Model 1		Model 2		Model 1		Model 2	
Bewertung Partei	0.52 (0.07)		0.53 (0.07)		0.67 (0.02)		0.67 (0.03)		0.59 (0.06)		0.60 (0.06)	
Parteiidentifikation	1.41 (0.32)		1.41 (0.32)		1.13 (0.11)		1.11 (0.11)		1.98 (0.19)		1.97 (0.19)	
	FDP	CDU	FDP	CDU	FDP	CDU	FDP	CDU	FDP	CDU	FDP	CDU
Konstante	-11.16 (1.60)	-6.44 (0.84)	-10.02 (1.92)	-6.17 (0.89)	-5.27 (0.38)	-5.50 (0.30)	-5.41 (0.40)	-5.69 (0.32)	-11.99 (1.09)	-9.88 (0.80)	-11.32 (1.12)	-10.25 (0.85)
Koalitionsbewertung CDU-FDP	0.88 (0.14)	0.28 (0.06)	0.67 (0.18)	0.17 (0.06)	0.11 (0.02)	0.08 (0.02)	0.09 (0.03)	0.07 (0.02)	0.65 (0.08)	0.38 (0.04)	0.61 (0.08)	0.42 (0.05)
Unsicherheit FDP-Einzug			-3.43 (2.28)	-1.64 (2.28)			0.13 (0.24)	0.24 (0.24)			-5.53 (3.37)	0.97 (3.37)
Koalitionsbewertung CDU-FDP × Unsicherheit FDP-Einzug			0.62 (0.29)	0.40 (0.14)			0.06 (0.05)	0.03 (0.04)			0.40 (0.37)	-0.13 (0.09)
Geschlecht	-0.06 (0.49)	-0.03 (0.29)	0.01 (0.50)	-0.04 (0.30)	0.24 (0.13)	0.13 (0.10)	0.25 (0.14)	0.13 (0.10)	-0.10 (0.33)	0.44 (0.22)	-0.18 (0.34)	0.45 (0.22)
Alter	0.01 (0.02)	0.01 (0.01)	0.01 (0.02)	0.01 (0.01)	-0.01 (0.01)	-0.01 (0.00)	-0.01 (0.01)	-0.01 (0.00)	0.02 (0.01)	0.03 (0.01)	0.02 (0.01)	0.03 (0.01)
Bildung	0.17 (0.14)	0.03 (0.09)	0.15 (0.14)	0.05 (0.09)	-0.12 (0.04)	-0.02 (0.03)	-0.12 (0.04)	-0.02 (0.03)	0.10 (0.15)	0.08 (0.10)	0.07 (0.15)	0.07 (0.10)
Log-Likelihood	-223.56		-217.2		-1976.8		-1966.42		-452.99		-441.85	
N	636		636		3230		3230		1352		1352	
Likelihood-Ratio			12.7103				20.8577				22.2727	
P-Wert			0.0128				3.3792 × 10 ⁻⁴				1.76 × 10 ⁻⁴	

Datenquelle: Tabelle berichtet Maximum-Likelihood-Schätzungen des Leihstimmen Modells basierend auf Daten des MEDW Projekts (Blais 2010) und GLES, ZA5700 (Rattinger et al. 2014). Standardfehler in Klammern.

Abbildungen

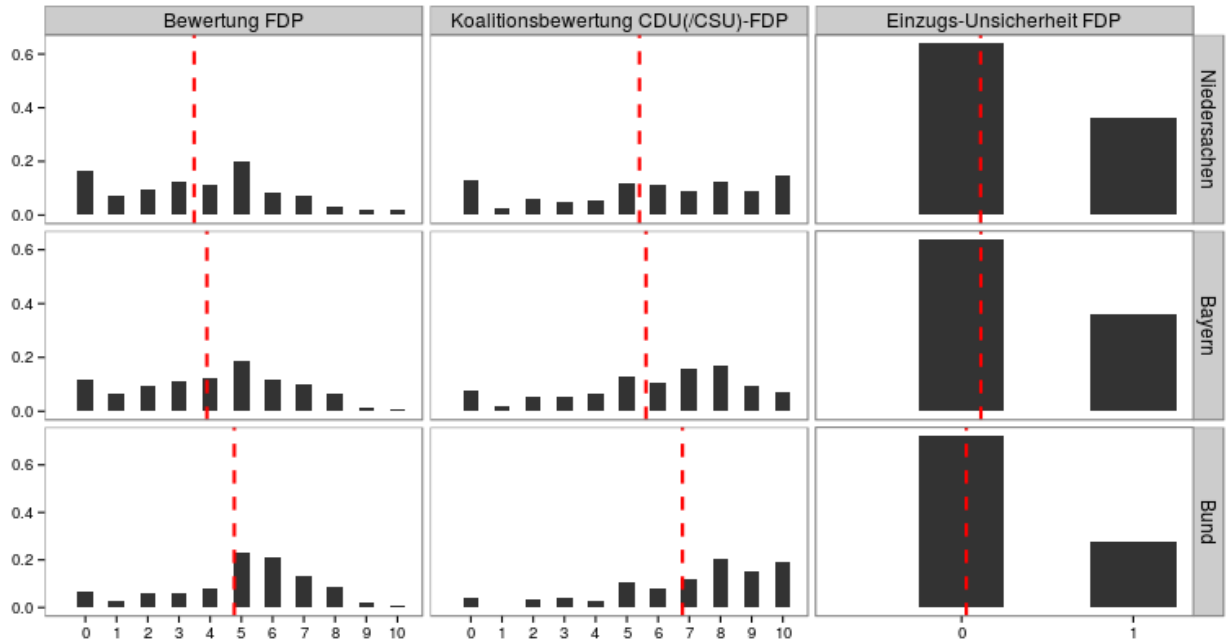


Abbildung 1. Verteilung der FDP-Bewertungen, Koalitionsbewertung CDU-FDP und Unsicherheit über den Einzug der FDP, unter Unionsanhängern in Niedersachsen, Bayern und Bund. Gestrichelte vertikale Linien zeigen Durchschnitte der jeweiligen Verteilungen.

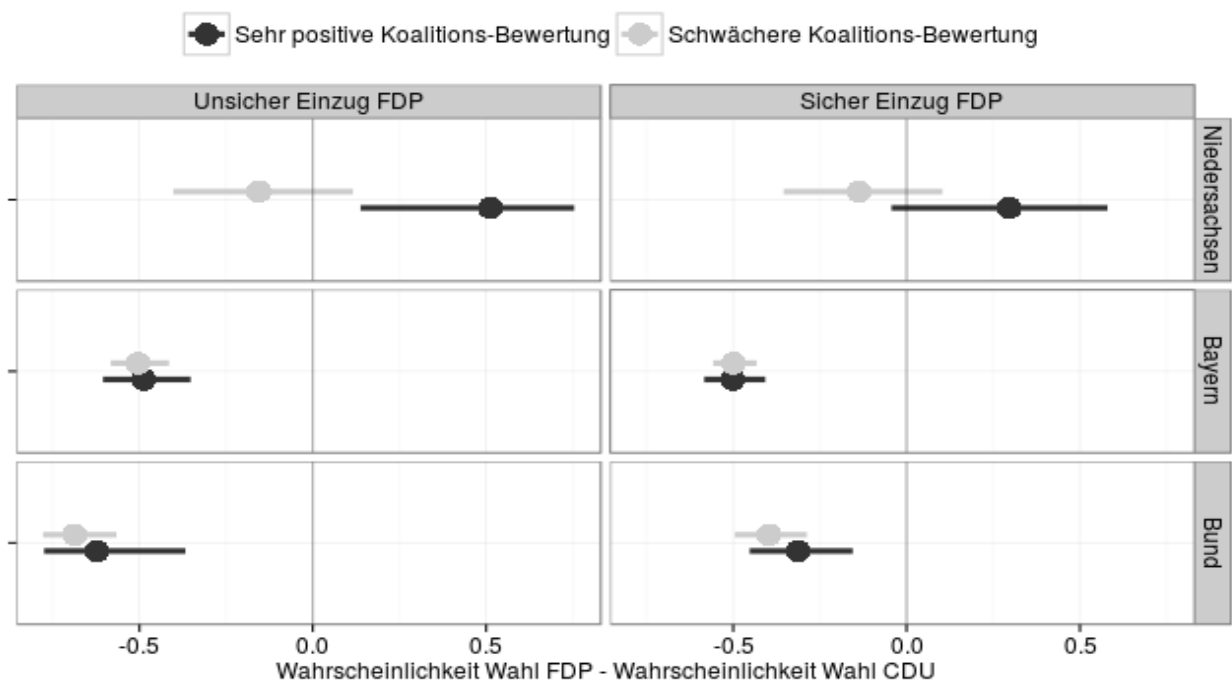


Abbildung 2. Simulierte Differenz in Wahrscheinlichkeiten FDP zu wählen minus CDU zu wählen